

deshaushaltsordnung verstecken. In anderen Politikfeldern hat die Politik auch bewiesen, dass sie in der Lage ist, Probleme dauerhaft anzugehen. Die vom Bundesfamilienministerium geforderte sogenannte Extremismuserklärung ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was von den Initiativen als Unterstützung verstanden wird. Seit deren Einführung stellt ihre Unterzeichnung die Grundvoraussetzung für eine Förderung durch den Bund dar. In ihr müssen sich die Projekte selbst, aber auch ihre

Partner, zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und für ihre Partner haften. Die Erklärung ist in ihrer Beliebigkeit nicht nur ein Symbol des Misstrauens, sondern auch eine Androhung der permanenten Kontrolle bis hin zur Mittelrückforderung, was für viele Organisationen dem finanziellen Ruin gleichkäme. In den Kommunen wirkt sie vor allem als Bestätigung des Vorurteils, dass die meisten Engagierten gegen Rechts links-extrem seien. ■

*Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer*

## »Staatliche Repression schafft auch rechtsextreme Innovation«

*Wilhelm Heitmeyer ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Sein hauptsächliches Forschungsinteresse gilt dem Rechtsextremismus, sozialer Desintegration und »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«. Er ist u.a. Herausgeber der Schriftenreihe »Deutsche Zustände« im Suhrkamp-Verlag. In der zehnjährigen Langzeitstudie wurden dort die Ängste der Deutschen, ihre Einstellungen gegenüber schwächeren Gruppen und zur Demokratie dokumentiert. Die Fragen stellte Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Rechtsextremismus ist ein offenbar zunehmend bedrückendes und bedrängendes Thema, mit dem unsere Gesellschaft nicht fertig wird. Es wird viel diskutiert, aber es zeigen sich kaum Fortschritte. War die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle vor diesem Hintergrund überhaupt überraschend?

**Wilhelm Heitmeyer:** Da ist zu differenzieren. Man darf nicht den Fehler begehen, die Mordserie dieser Tätergruppe vom angeblich intakten Teil der Gesellschaft abzutrennen. Hinter dieser Fehlinterpretation steckt meines Erachtens in erster Linie ein Kontrollparadigma in bestimmten politischen Bereichen. Das soll heißen: Wenn wir besser kontrollieren, etwa den Verfassungsschutz aufrüsten usw., dann kriegen wir »die alle« und abgesehen davon müs-

sen wir uns um das Entstehungs- und Radikalisierungsparadigma, dem was also hinter der Radikalisierung steckt, nicht kümmern. Was wir in dem Forschungsprojekt »Deutsche Zustände« aber untersuchen, ist die Entwicklung in den Einstellungsmustern und Mentalitäten der Bevölkerung. Diese Abwertungsmuster, wir nennen das »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, also die Diskriminierung schwacher Gruppen in der Gesellschaft wie Zugewanderter, Homosexueller, Obdachloser usw., können immer als Legitimationen für Gewalt in anderen Bereichen verwendet werden. Diese anderen Bereiche sind Rechtspopulismus, freie Kameradschaften oder neuerdings die Szene der autonomen Nationalisten, sowie weitere Zulieferer- und Unterstützerguppen, die bereits im Halbdunkeln agieren. Man muss das alles als

Kontinuum sehen, als wechselseitige Beziehung zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und politischer Verdichtung hin zu den radikalisierten Milieus. Aber diese Betrachtungsweise ist für unsere Gesellschaft natürlich unbequem.

**NG/FH:** In einigen europäischen Ländern wie den Niederlanden, Österreich, Dänemark bekommen rechtspopulistische Parteien fast ein Drittel der Wählerstimmen. Wie ist genau das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremis-

mus? Kommen sie mehr in die Mitte durchgefressen und verbreitert, oder besteht dieses Problem schon seit langem? Und was heißt das genau, wenn Sie sagen, »das ist ein Phänomen der gesellschaftlichen Mitte«? Hat sich also die Mitte der Gesellschaft vom politischen System so sehr entfremdet? Befindet sie sich nicht mehr in Übereinstimmung mit unserer Demokratie?

**Heitmeyer:** Ich stehe einem offensiven Begriff der »Mitte« skeptisch gegenüber. Hier muss genau differenziert werden: Es gibt be-

### » In der ›Mitte‹ der Gesellschaft finden sich zunehmend rechtspopulistische Verhaltensweisen. «

mus. Sind das nur Schattierungen derselben Sache, oder gibt es da doch auch einen prinzipiellen Unterschied?

**Heitmeyer:** Es gibt sicherlich Überlappungen. Wir messen Rechtspopulismus in der Bevölkerung anhand der Kriterien Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, autoritäre Aggression und neuerdings Islamfeindlichkeit. Das sind zunächst einmal »nur« Einstellungsmuster. Rechtspopulistische Gruppen in Deutschland, wie Pro-Köln oder Pro-NRW, hantieren noch nicht mit Gewalt. Die Gewaltfrage ist also zurzeit die Scheidelinie. Im rechtsextremen Milieu gibt es ähnliche Denkmuster wie beim Rechtspopulismus, aber sie sind hier radikalisiert und dichotom: Hier gibt es klare Unterscheidungen zwischen Gut und Böse. Diese Gruppen agieren dann mit spontaner und/oder geplanter Gewalt, wie das beim sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund, also dem NSU ja auch der Fall war.

**NG/FH:** Sie betonen seit langem, dass sich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nicht lediglich an den entlegenen Rändern der Gesellschaft abspielen, sondern vielmehr in deren Mitte. Haben sich diese Phänomene erst in den letzten Jahren zuneh-

stimmte Gruppen in der Gesellschaft, die sich einflusslos fühlen. Das sind häufig Menschen in den unteren sozialen Lagen, die sozusagen aussteigen. Hier ist die »Demokratieentleerung« sehr stark ausgeprägt. Bei den anderen Mitgliedern der Gesellschaft ist dies anders. Dort entwickelt sich etwas, was ich »rohe Bürgerlichkeit« nenne. Das heißt, diese Personen agieren zu ihrem eigenen Vorteil und dies teilweise mit rechtspopulistischen Einstellungsmustern, aber eben noch nicht mit rechtsextremen. Wir definieren Rechtsextremismus immer als Verbindung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, also einer Abwertung bestimmter Gruppen, mit der Billigung und Akzeptanz von Gewalt. Daher würde ich mit dem Begriff *Rechtsextremismus* in der Mitte vorsichtig sein. Hier finden sich zunehmend rechtspopulistische Verhaltensweisen. Dieser Anstieg der Abwertungen anderer, auch im Milieu der Besserverdienenden, hat wiederum mit der Ökonomisierung der Gesellschaft zu tun; mit den ökonomistischen Denkmustern hinter denen sich die Kriterien Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz verbergen. Wenn Menschengruppen wie Langzeitarbeitslose, Hartz IV-Empfänger, niedrig qualifizierte Ausländer oder Obdachlose diesen Kriterien nicht entsprechen, werden sie, zunehmend von den Bes-

serverdienenden, abgewertet. Allerdings auch von den unteren Sozialgruppen, um sich »abzusetzen«. Diese Denkmuster entstehen also aus der Ökonomisierung und der Durchsetzung des autoritären Kapitalismus, der in den letzten 20 Jahren seine Maxime, aufgrund des Kontrollverlustes der nationalstaatlichen Politik, weitgehend ungehindert durchsetzen konnte.

**NG/FH:** Da sind wir bei der Ursachenanalyse: Erzeugt die Ökonomisierung des Denkens, der Triumph des Neoliberalismus, die Vermarktlichung vieler Lebensbereiche, die Degradierung des Menschen zur nützlichen Ware eine Atmosphäre, die diese rechtspopulistische Ungleichheitsgesinnung gedeihen lässt?

**Heitmeyer:** Die Gesinnung der *Ungleichwertigkeit*, ja. Die Briten Richard Wilkinson und Kate Pickett haben überzeugend herausgearbeitet, dass jeder Anstieg von Einkommensungleichheit Gesellschaften zersetzt. Soziale *Ungleichheit* kann dann in *Ungleichwertigkeit* umgearbeitet werden. Genau hier setzen dann auch die Rechtspopulisten und Rechtsextremen an.

**NG/FH:** Bei vielen Interviews mit Leuten aus der rechtsextremen Szene kommt zum Vorschein, dass ihre Einstellung auch eine bestimmte Form der Verarbeitung von wahrgenommener sozialer Ungerechtigkeit ist. Auf ein Gefühl der Ungleichheit wird also mit einer Überzeugung der Ungleichwertigkeit reagiert.

**Heitmeyer:** Das würde ich vorbehaltlos bejahen. Das ist übrigens generell so, nicht nur in Bezug auf die Rechtsextremen. Ungerechtigkeitsgefühle sind beispielsweise auch nach den Ergebnissen in der Jugendforschung ein hoher Prädiktor für Gewalt. Ungerechtigkeitsgefühle gehen an die Substanz. Insofern können wir es uns nicht leisten, den Prozess der Entstehung der radikalisierten Milieus nicht nachzuzeichnen.

Diese Milieus entstehen durchaus aus der Mitte heraus. Niemand wird als Nazi geboren sondern erst dazu sozialisiert. Man muss diesen Radikalisierungsprozess also in seinen einzelnen Eskalationsstufen in den Blick nehmen, auch und vor allen Dingen muss die Politik dies tun. Die Abtrennung, auf der einen Seite die Mörder des NSU, und auf der anderen Seite die intakte Gesellschaft, das ist der Versuch einer Selbstentlastung der Gesellschaft und somit auch eine Selbsttäuschung.

**NG/FH:** Hat die Forschung in dieser Hinsicht eine Parallelität der Entwicklungen zwischen der neoliberalen Welle, der Dominanz der Märkte über die Politik, den

wachsenden Ungleichheiten auf der einen Seite und einem entsprechenden Wachstum der rechtspopulistischen Mentalität ergeben?

**Heitmeyer:** Das ist schwer zu sagen. Es gibt an dieser Stelle keine wirklich belastbaren komparativen Forschungen. Der Rechtspopulismus hat sich ja in Europa ganz unterschiedlich entwickelt. Mit wenigen Ausnahmen waren rechtspopulistische Bewegungen »one-issue«-Bewegungen, die sich z.B. nur auf die Kriminalität von Migranten konzentrierten wie beispielsweise die Schill-Partei. Ähnliches gilt für rechte Bewegungen in Holland und für die Norwegische Volkspartei. Inzwischen haben viele dieser Gruppierungen aber erkannt, dass man mit der Konzentration auf ein einziges Thema keine umfangreiche Gefolgschaft einsammeln kann. Folglich haben sie begonnen, sich thematisch zu verbreitern und das auf meist sehr unterschiedliche Art und Weise. Insofern bin ich etwas vorsichtig im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Entwicklungen von Rechtspopulismen.

Gleichzeitig muss man feststellen, dass wir in Deutschland umstellt sind von einflussreichen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa und dass wir von Glück sagen können, dass dies bei uns noch nicht so weit ist. Hierfür gibt es ganz unterschiedliche Plausibilitäten: Erstens fehlt ein rechter Mobilisierungsexperte in Deutschland. Zweitens absorbieren die Volksparteien gewisse Strömungen und drittens gibt es auch noch ein Austarieren auf der Ebene sozialstaatlichen Ausgleichs. Wie lange dies aber noch hält, ist eine ganz andere Frage. Die OECD ebenso wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung haben festgestellt, wie sich die soziale Spaltung hierzulande weiterentwickelt. An dieser Spaltung können inzwischen rechtsextreme Gruppen oder andere radikalisierte Milieus andocken. Besonders interessant in diesem Kontext sind die sogenannten Autonomen Nationalisten. Die haben Verhaltensweisen

und Organisationsformen von den Linksautonomen abgeschaut und kommen sehr schnell mit Sozialanalysen und -kritik um die Ecke. Wenn man mal von der politischen Vision dieser Gruppen absieht und sich allein auf deren Gesellschaftsbeschreibung konzentriert, hat die es in sich. Dort gibt es zum Teil hochintelligente Leute, deren Analysen man oft schwer widersprechen kann. Insofern wird auch das zivilgesellschaftliche Engagement gegenüber solchen Leuten immer komplizierter. Die laufen eben nicht mehr mit Glatzen und Springerstiefeln herum, sondern, wie die Linksautonomen, in schwarz gekleidet, so dass die Polizei die beiden Lager zum Teil überhaupt nicht mehr auseinander halten kann. Solche Entwicklungen sind sehr problematisch. Hinzu kommt noch, dass die »Autonomen Nationalisten« eine Doppelstrategie fahren. Wenn sie nach Provokationsgewinnen in der Öffentlichkeit streben, hantieren sie mit NS-Symbolen und ähnlich Bekanntem aus der rechten Szene. Haben sie aber Rekrutierungsgewinne im Auge, beispielsweise bei Jugendlichen, die vielleicht etwas im sozialen Abseits stehen, die nach Anerkennung und Gruppenbewusstsein suchen, dann machen diese Leute ganz niedrigschwellige Angebote: Dann gibt es nämlich die Matratze für das Wochenende und eine Kiste Bier dazu und es wird erst einmal überhaupt nicht über Politik geredet. Das sind alles Prozesse, die man sehr aufmerksam verfolgen muss. Und an dieser Stelle versagt die Zivilgesellschaft, weil sie mit diesen Jugendlichen, die sich da irgendwo am Rande bewegen, nichts zu tun haben will. Das ist ein ganz gravierender Fehler.

**NG/FH:** Also so lange nicht gesellschaftliche Spaltungen, krasse Ungleichheiten und die Ökonomisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge überwunden werden, ist das Reservoir für die Mobilisierung von Rechtsextremisten sehr groß und sind deren Erfolgchancen hoch. Würden Sie auch

sagen, dass das Problem der Ausländerfeindlichkeit mit der Lösung der gerade genannten Probleme gemindert würde?

**Heitmeyer:** Wir arbeiten ja seit vielen Jahren mit der »Theorie der sozialen Desintegration«. Das bedeutet, wenn Menschen erstens nicht den Zugang haben zu den Funktionssystemen dieser Gesellschaft, wie dem Arbeitsmarkt, und hier meine ich nicht irgendwelche Ein-Euro-Jobs, dann haben sie auch nicht das Gefühl positiver Anerkennung. Haben sie zweitens in der öffentlichen Auseinandersetzung, und das ist eher die politische Seite und betrifft die institutionelle Integration oder eben Desintegration, keine Stimme, dann erhalten sie auch keine moralische Anerkennung. Das heißt, können sie an der Auseinandersetzung um die Gültigkeit von Kernnormen dieser Gesellschaft, wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness, also den basalen Werten des Zusammenhalts einer Gesellschaft, nicht teilhaben und werden sie hier nicht gehört, so fehlt ihnen diese moralische Anerkennung. Und der dritte Punkt ist die Sicherung stabiler sozialer Zugehörigkeiten. Dies ist wichtig um emotionale Anerkennung zu gewinnen. Wir haben eine Untersuchung mit Trierer Kollegen für das LKA in Düsseldorf durchgeführt und uns die Lebensläufe von rechtsextremen Straftätern angesehen: Brüche ohne Ende. Es gibt überhaupt keine Kontinuität. Es gibt keine Anerkennungsmuster. Diese werden dann erst über solche rechtsextremen Gruppen geliefert. Mann muss es ja immer wieder sagen: Gerade im Jugendbereich, dort wo keine gesellschaftliche Anerkennung erfolgt, ist es immer noch besser eine Anerkennung durch die Peer-Group zu bekommen, und sei diese auch noch so abseitig. Und wie kommt man dort zu dieser Anerkennung? Da muss man immer wieder betonen: Gewalt ist dafür ein außerordentlich attraktives Mittel. Aber für diese Gewalt braucht man Legitimationsmittel, es sei denn man ist abgefüllt mit

Dosenbier. Und diese Legitimationsmittel kann man sich aus einem gesellschaftlichen Vorrat absaugen, den wir »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« nennen – gegen Migranten, Homosexuelle, Obdachlose usw. Und das große Problem besteht darin, dass diese Abwertungsmuster in der gesellschaftlichen Mitte sehr weit verbreitet sind. Wenn man Menschen in repräsentativen Erhebungen befragt, wo sie ihren gesellschaftlichen Status einordnen, stellt man häufig fest, dass die sich selbst in die obere soziale Statusgruppe einordnenden Befragten besonders diejenigen abwerten, die eben den bereits genannten Nützlichkeitsgesichtspunkten nicht entsprechen: also Langzeitarbeitslose und so weiter.

**NG/FH:** Hier könnte doch ein NPD-Verbot eine Rolle spielen, obwohl die eigentlichen Ursachen von Rechtsextremismus natürlich sehr viel tiefer liegen als auf der Ebene der Organisationsmöglichkeit einer Partei. Würde nicht zumindest durch ein NPD-Verbot die Möglichkeit entfallen, durch gemeinsames öffentliches uniformiertes Auftreten die beschriebene Anerkennung so leicht zu gewinnen?

**Heitmeyer:** Da bin ich außerordentlich skeptisch. Und zwar aus zwei Gründen: Der erste Grund, ist, dass wir in der Zeit zwischen 1992 und 1995 massive Verbote von rechtsextremen Gruppen hatten; nicht von Parteien, deren Verbote ja mit größeren Hindernissen versehen sind. Sehr viele Gruppen aber sind verboten worden. Wäre dies ein fruchtbares Mittel, dürften wir die Probleme heute nicht haben.

**NG/FH:** Aber die Partei war ja die ganze Zeit noch da...

**Heitmeyer:** Ja, aber intern gibt es in diesem ganzen Spektrum riesige Spannungen. Das ist ja keine homogene Einheit zwischen den freien Kameradschaften usw. Da gibt es immer den Streit: Die einen sind nicht ex-

trem genug und die anderen sind schon wieder zu extrem. So spricht Holger Apfel, der neue Vorsitzende der NPD, ja bereits ganz vorsichtig von einer »modernen Radikalität«. Er versucht solche neuen Formeln auszugeben, um sich von seinem Vorgänger Udo Voigt abzusetzen. Das ist nicht leicht zu fassen.

Daneben vertrete ich die Formel: »Repression schafft Innovation«. Das heißt, wenn die Kontrollorgane diese Gruppen im Visier haben, dann muss man immer berücksichtigen, dass das – auf beiden Seiten – lernende Systeme sind. Wenn die Repressionsorgane zuschlagen, dann erfinden die rechtsextremen Gruppen in ihrer Eigenlogik neue Verhaltensweisen. Die Autonomen Nationalisten sind hier ein prototypisches Beispiel. Die Handlungsanweisung zur Entwicklung dieser Gruppen stammt von dem Alt-Nazi Christian Worch. Der hat die Linksautonomen beobachtet und festgestellt: Die können nicht verboten werden, da sie keine Organisationsstruktur

haben und nicht kollektivistisch wie die Rechten auftreten. Die treten individualistisch auf, können sich aber gleichzeitig jederzeit verbünden. Die Formel »Repression schafft Innovation« muss man also sehr ernst nehmen, damit man sich keine Illusionen macht.

**NG/FH:** Sind diese einschränkenden Argumente so stark, dass Sie von einem NPD-Verbot abraten würden?

**Heitmeyer:** Ja, ich würde eher abraten. Ich bin mir völlig sicher, dass sofort die gesellschaftliche Aufmerksamkeit nachlasse in der irrigen Annahme, man hätte eine Lösungsformel durch repressive Kontrolle gefunden und damit wäre die Sache vom Tisch. Drei Argumente sprechen also eher gegen ein Parteiverbot: Die Verbote in den 90er Jahren blieben ohne Wirkung, die Repression schafft Innovation und die gesellschaftliche Aufmerksamkeit würde durch das Verbot nachlassen. ■

György G. Márkus

## Nach rechts verschoben

### Parteienstruktur in Ungarn

*Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat mit seiner Fidesz-Partei das Land auf einen nationalkonservativen Kurs eingeschworen. Nachdem die wirtschaftlichen Erfolge nicht bei der breiten Bevölkerung ankommen, erhält nun die rechtsextreme Jobbik-Partei – in einem Kontext der allgemeinen, sich verstärkenden Politikverdrossenheit – bemerkenswerten Zulauf. Europa schaut mit besorgter Miene nach Budapest.*

#### György G. Márkus

(\*1938) ist Professor für politische Soziologie am *Budapest College for Management*, Senior Researcher der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

gmarkusg@t-online.hu



**T**rotz der Tatsache, dass 2002 und 2006 die sozialliberalen Parteien die Wahlen noch knapp gewonnen haben, begann in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends eine Verschiebung der ideologischen Einstellungen der ungarischen Bevölkerung nach rechts. Infolge einer verstärkten Polarisierung schwand die ideologische Mitte.